

## **WANDERUNGSBEWEGUNGEN IN GESCHICHTE UND GEGENWART**

Claus Montag

Bevölkerungsexperten vieler Länder prognostizieren ein drastisches Anwachsen von Wanderungsbewegungen bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Von einer globalen Völkerwanderung wird gesprochen - aus den Armutszonen im Süden in den Norden, von Ost nach West -, die praktisch schon begonnen hat, deren langfristige Wirkungen auf die innere Situation der modernen Industriegesellschaften heute noch weitgehend unterschätzt oder einfach nicht wahrgenommen werden. Migrationsbewegungen von bisher unbekannter Dimension werden in kurzer Zeit zu einer der größten gesellschaftlichen Herausforderung für die Weltinnenpolitik. Lösungen für dieses komplexe politische, soziale und demographische Phänomen kann kein Staat anbieten, vielmehr wächst in den „reichen“ Industriestaaten die Neigung, dem wachsenden Weltmigrationsproblem mittelfristig mit verstärkter „Abschottung“ zu begegnen. Dies ist kein Ausweg. Es ist nur die Hoffnung, das Konfliktpotential der Migrationsfolgen zeitweilig vermindern zu können.

Die Schule ist angesichts dieser Entwicklungen mit einer äußerst komplizierten Aufgabe konfrontiert. Sie will der jüngeren Generation, besonders den 14-18 jährigen, Wege aufzeigen, wie Ausländern und Zuwanderern nach Deutschland mit Toleranz begegnet werden kann und wie im Prozeß des Zusammenlebens mit Ausländern Konflikte verschiedener Art ausgehalten und durch gegenseitiges Verstehen bewältigt werden können. Dies geschieht nun zunehmend in einem Klima wachsender Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft. Die Ängste vor anhaltender und größer werdender Zuwanderung wachsen, teilweise durch eine „Horror-Berichterstattung“ der Medien und die quälende Asyldebatte der Parteien noch stimuliert. Und gerade in dieser Situation kommen eine Reihe von Untersuchungen, z.B. die vorläufige Studie des Potsdamer Instituts für Familien- und Kindheitsforschung vom März 1992, zur Schlußfolgerung, daß fast die Hälfte befragter Jugendlicher im Schulalter ausländerfeindliche Stimmungen zum Ausdruck bringt und der Parole „Deutschland den Deutschen und Ausländer raus“ eine Unterstützung zu geben bereit ist. Unabhängig davon, wie repräsentativ und stabil eine solche Tendenz im Grundverhalten von Jugendlichen ist, so macht sie doch auf einen fundamentalen Widerspruch aufmerksam: In einer Zeit, in der das Problem der Zu- und Einwanderung nach Europa völlig neu durchdacht und das Verhältnis zu Ausländern aus Angst- oder Überfremdungsklischees herausgelöst werden muß, wächst eine junge Generation in die Verantwortung, die möglicherweise eine Abwehrhaltung gegenüber Zuwanderung als normal empfindet. Mehr denn je erscheint es deshalb ratsam, Jugendlichen in einer solchen Konfliktsituation eine Hilfe zu geben, gesellschaftliche Herausforderungen nicht nur aus dem Blickwinkel aktueller Vorgänge zu bewerten. Geschichtliche Erfahrungen lösen keine Gegenwartsprobleme; jedoch können historische Rückblicke, und dies auch hinsichtlich der ständigen Wiederkehr von Migrationsbewegungen in der Menschheitsgeschichte, zur Erweiterung des Problembewußtseins beitragen.

### **MIGRATION - EIN HISTORISCHER RÜCKBLICK**

Migration wird von Albert Mühlum als ein dauerhafter, „freiwilliger“ Wechsel „einzelner Menschen oder ganzer Gruppen in eine andere Region oder Gesellschaft“ charakterisiert. Wir finden größere und kleinere Wanderungsbewegungen schon in frühen Phasen der Menschheitsgeschichte. Erinnerung sei hier nur an die militärischen Züge der Perser nach Griechenland oder an die Entstehung der Germanenreiche auf römischem Boden. Auch die Christenverfolgung im Altertum bewirkte verschiedenartige Wanderungsbewegungen. Im frühen Mittelalter begannen die Roma als Wandervolk von Indien nach Europa zu ziehen.

Migrationen waren immer gesellschaftliche Antworten und Reaktionen größerer Menschengruppen auf Problemsituationen und kollektive Herausforderungen: Landsuche, gewaltsame Verdrängung durch andere Völkerschaften, Kriegszüge mit Neuansiedlung, Verfolgungen, mangelnde Ernährungsgrundlagen. Historische Dokumente aus verschiedenen Perioden zeigen immer wieder, daß Migrationen große Konfliktsituationen hervorriefen, oft auch von Gewalt und Gegengewalt, von Völkermord und Katastrophen für ganze Völkerschaften begleitet.

Blicken wir auf die Migrationsbewegungen seit dem Beginn der neuen Zeit, so sind drei wichtige Phasen erkennbar:

In der Periode des **Absolutismus** und des **Merkantilismus** (15. bis 18. Jahrhundert) boten die feudalen Herrschaftsverhältnisse zunächst nur begrenzte Spielräume für innereuropäische Wanderungsbewegungen. Jedoch seit der Eroberung von Kolonien in der Neuen Welt, vornehmlich durch Spanien und Portugal, setzte eine erste große Massenmigration ein. Zwei bis drei Millionen Menschen verließen Europa und siedelten sich in den Kolonien an. Zugleich entwickelte sich der Sklavenhandel sprunghaft, und die neuen Plantagenbesitzer verschleppten gewaltsam über sieben Millionen Menschen aus Westafrika in die Kolonien und in die außereuropäische Inselwelt. Das Streben der absolutistischen Herrscherhäuser nach religiöser Einheit in ihrem Machtbereich - „cuius regio, eius religio“ (wessen Land, dessen Religion) - führte vom 15. bis 17. Jahrhundert zur massenhaften Vertreibung geschlossener religiöser Bevölkerungsgruppen in Europa: Spanien vertrieb die nicht konvertierten Juden aus dem Land und die protestantischen Bevölkerungsteile aus den Südlichen Niederlanden; England trieb große Teile der irischkatholischen Eliten ins Exil oder deportierte sie auf die Westindischen Inseln; aus Frankreich mußten nach Aufhebung des Edikts von Nantes durch Ludwig XIV. im Jahre 1685 mehr als 200.000 Hugenotten in andere europäische Länder fliehen; die Rekatholisierung Böhmens nach 1620 führte zur Vertreibung der protestantischen Bevölkerung. Große Migrationswellen setzten auch auf dem Balkan ein, nachdem das Osmanische Reich seit dem 15. Jahrhundert seinen Machtbereich immer mehr erweiterte und vornehmlich Serben und Albaner aus ihren angestammten Gebieten vertrieb.

Eine zweite große Phase weltweiter Migration bildeten das ausgehende 18. und 19. Jahrhundert. Wesentliche Migrationsmotive waren die Langzeitwirkungen der industriellen Revolution sowie die politischen Folgen der bürgerlich-demokratischen Umwälzungen in Europa und Nordamerika. Besonders die schnelle industrielle Entwicklung in den Überseegebieten und seit Beginn des 19. Jahrhunderts in den USA zog immer, mehr europäische Siedler, Handwerker und Arbeiter an. Sie suchten durch Auswanderung ihre sozialen Lebensbedingungen zu verbessern bzw. permanenter Not in Europa zu entgehen. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts verließen 29 Millionen Menschen den europäischen Kontinent, die meisten aus Großbritannien, Deutschland und aus Ost- und Südosteuropa.

In dieser zweiten Phase von Migrationswellen waren in wachsendem Maße politische Flüchtlinge anzutreffen. Flucht aus politischer Überzeugung oder Klassenzugehörigkeit verstärkte sich nach dem Sieg der Französischen Revolution und im Ergebnis des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes. Dies betraf besonders den Adel und die ihm nahestehende Beamtenschaft. Aber auch die Niederlagen bürgerlich-demokratischer Revolutionen seit 1848 zwangen viele Demokraten ins außereuropäische Exil, vornehmlich in die USA und in europäische Länder mit liberalen Verfassungen.

Die schnelle industrielle Entwicklung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, vor allem in Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien, rief eine „Sogwirkung“ nach billigen Arbeitskräften hervor. Während die Auswanderung nach Übersee anhielt, nahm zugleich die innereuropäische Arbeitsmigration sprunghaft zu. „Wanderarbeiter“ aus Billiglohnländern kamen auf begrenzte Zeit in die industriellen Ballungsgebiete: Iren nach Großbritannien, Spanier und Belgier nach Frankreich, Polen nach Deutschland. Verstärkt entwickelte sich in dieser Phase auch das soziale Rivalitätsverhältnis zwischen einheimischen Arbeitern und zeitbefristeten Wanderarbeitern, begleitet von nationalistischen Konflikten, Überfremdungsängsten und ersten Versuchen, eine ständige Ansiedlung von Zuwanderern zu verhindern.

Zu den Auswirkungen der industriellen Revolution und der sich schnell vergrößernden internationalen Märkte auf die Migrationsbewegungen zählen schließlich auch die Arbeitswanderungen, die die großen europäischen Kolonialmächte zur Befriedigung ihres Arbeitskräftebedarfs in den außereuropäischen Besitzungen forcierten. Millionen Menschen, z.B. chinesische „Kulis“ oder Inder, wurden über Arbeitsverträge in andere Regionen „verpflanzt“. Migration erfuhr damit eine weltweite Dimension.

Unser 20. Jahrhundert ist die dritte große Periode weltweiter Migrationsprozesse. Diese Phase ist mit wenigen Unterbrechungen von in der Geschichte bisher nicht gekannten Flüchtlingsbewegungen gekennzeichnet, die bis in die Gegenwart anhalten. Schon sehr früh wurde deshalb der Begriff vom „Jahrhundert der Flüchtlinge“ geprägt. Tatsächlich mußten immer mehr Menschen wegen politischer und religiöser Verfolgung, Bürgerkriegsunruhen, Kriegsverreibungen und nationalistischer Konflikte im Ergebnis der Herausbildung neuer Staatensysteme ihre Heimatländer verlassen. Dieser Faktor rückte gegenüber Wanderungsmotiven aus ökonomischer Not immer mehr in den Vordergrund. Um die Dimensionen dieser Flüchtlingsbewegungen zu verdeutlichen, sei folgend nur auf einige wichtige Beispiele verwiesen:

- Im Ergebnis des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches bis zum Ersten Weltkrieg Vertreibung und Deportation von über zwei Millionen Armeniern. Während der Balkankriege 1912/ 13 mußten fast eine Million Menschen (Türken, Bulgaren, Griechen) ihre alten Siedlungsgebiete verlassen.
- Während des Ersten Weltkrieges über fünf Millionen Flüchtlinge infolge von Kriegsvertreibungen und aufbrechender nationalistischer Konflikte und Pogrome. Im Ergebnis der Nachkriegsverträge (1919 bis 1923) nochmaliges Anschwellen der Flüchtlingsströme auf über vier Millionen Menschen als Folge von Staatenneugründungen und ethnischen Zwangsumsiedlungen.
- Die russische Revolution und die nachfolgenden Bürgerkriegswirkungen lösten riesige Flüchtlingsströme innerhalb Europas und nach Asien aus (u. a. eine Million Russen und über eine Million Polen, Esten, Letten, Juden; Hunderttausende Angehörige der Turkvölker flohen nach China und in andere asiatische taaten). Den Zwangsdeportationen und politisch motivierten Umsiedlungen in der Stalin-Periode fielen bis 1938 schätzungsweise 18 Millionen Menschen zum Opfer.
- Die faschistische Gewaltpolitik in Deutschland, Italien und Spanien mit ihren ideologischen Totalitätsansprüchen trieb bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges über eine Million Menschen in die Emigration.
- Eine qualitative neue Dimension erfuhren die Flüchtlingsströme und Zwangsumsiedlungen während und im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Schätzungen gehen von 40-50 Millionen Betroffenen aus, die durch Kriegereignisse und die unmittelbaren Kriegs folgen ihre bisherigen Wohnsitze verlassen mußten. Während sich die meisten Fluchtbewegungen im jeweiligen Machtbereich des deutschen Faschismus und der Sowjetunion vollzogen, löste die japanische Expansionspolitik auch in Asien, insbesondere aber in China, millionenstarke Flüchtlingsströme aus.
- Die Periode des Ost-West-Konflikts seit der Nachkriegszeit ließ besonders in Europa die Zahl der politischen Flüchtlinge ansteigen. Obwohl der Flucht vor totalitärer Repression aus der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas durch den „Eisernen Vorhang“ und menschenrechtsverletzende Emigrationsbestimmungen immer höhere Barrieren gesetzt wurden, kam es während der Höhepunkte innerer Konflikte im kommunistischen Herrschaftsbereich zur Massenflucht: 1956 flüchteten 200.000 Ungarn; 1968 verließen 750.000 Menschen die CSR; 300.000 Polen suchten nach Errichtung des Militärregimes zu Beginn der 80er Jahre im Westen Zuflucht. Qualvoll waren die einschränkenden Auswanderungsprozeduren für Juden und politische Dissidenten aus der Sowjetunion.
- In Asien ließen der Bürgerkrieg in China und der „Kalte Krieg“ die Flüchtlingsströme anschwellen. Über drei Millionen Chinesen flüchteten nach Taiwan, fünf Millionen Flüchtlinge zählte man während des Korea-Krieges, und auch die Kriege in Indochina entwurzelten Millionen Menschen.
- Erkennbar verlagerten sich in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts die Migrationsbewegungen und hier wieder vorrangig als Fluchtbewegungen – in die „Dritte Welt“. Ein ganzer Komplex miteinander verflochtener Entwicklungen schuf besonders in Asien und Afrika immer größere Migrationsströme: Zerfall der europäischen Kolonialreiche, Unabhängigkeitskämpfe der anticolonialen Bewegungen, Konflikte zwischen den neu entstandenen Staaten, Auswirkungen der wirtschaftlichen Rückständigkeit sowie immer größer werdende Armut infolge der Unterentwicklung. Erinnert sei an dieser Stelle nur an das millionenfache Flüchtlingsdrama von Hindus und Moslems nach der Aufteilung des englischen Kolonialreiches zwischen Indien und Pakistan, an die über zwei Millionen palästinensischen Flüchtlinge im Nahen Osten, an die Flüchtlingsströme im südlichen Afrika oder an das Fluchtschicksal von Millionen Kurden.

Einen dramatischen Anstieg erfuhren durch politische und soziale Instabilitäten die Migrationsbewegungen auch in Mittelamerika. In den 80er Jahren mußte die UNO-Flüchtlingskommission feststellen, daß die Zahl der Menschen, die aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer besonderen ethnischen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung ihre Länder verlassen mußten, auf 12 bis 14 Millionen angestiegen ist. Zusammen mit Armuts- und Umweltflüchtlingen, die oft nur in den näheren Regionen Bewegungsräume für Flucht

fanden, befanden sich nahezu 30 Millionen Menschen in einem Prozeß der Wanderung.

Zugleich verstärkten sich seit den fünfziger Jahren die Arbeitsmigrationen in die großen industriellen Zentren der Welt. Hier sollte eine industrielle Reservearmee von „Gastarbeitern“ konjunkturelle Wirtschaftsentwicklungen absichern. Arbeitskräfte wanderten vom Mittelmeerraum nach Europa, von Süd- und Südostasien in die Öl-Golfstaaten und nach Nordamerika oder von Mittelamerika in die USA. Nach Schätzungen der Genfer Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) stieg die Zahl der Arbeitsmigranten in den 80er Jahren weltweit auf 23 Millionen an.

Die Größenordnung der weltweiten Migrationsprozesse in ihrer dritten Hauptepoche verdeutlicht immer mehr, daß globale Herausforderungen entstanden sind, die durch Einzelstaaten nicht mehr bewältigt werden können.

### **DEUTSCHE ERFAHRUNGEN MIT WANDERUNGSBEWEGUNGEN**

Um Migrationen, die gegenwärtig Deutschland berühren, objektiv beurteilen und die Diskussion darüber von sogenannten Überfremdungsängsten befreien zu können, sollten eigene Erfahrungen über einen längeren historischen Zeitraum im Blickfeld bleiben. Was geschah in Deutschland während der drei großen Migrationsphasen?

Schon in der ersten Migrationsperiode vollzogen sich Ein- und Auswanderungsprozesse zugleich. Hunderttausende Glaubensflüchtlinge kamen im 17. und 18. Jahrhundert nach Deutschland. Hugenotten, niederländische Calvinisten, böhmische Protestanten und Waldenser fanden in deutschen Fürstentümern Aufnahme, erhielten einen wirtschaftlichen Sonderstatus und zugleich kulturelle Autonomie. Sie trugen in ihren neuen Siedlungsgebieten in starkem Maße zur Entwicklung von Handwerk und Gewerbe bei und verliehen manchen wirtschaftlich zurückgebliebenen Regionen einen Modernisierungsschub. Als Beispiel hierfür gilt auch Brandenburg-Preußen, wo nach dem Edikt von Potsdam 1685 Kurfürst Friedrich Wilhelm die Ansiedlung von Glaubensflüchtlingen gestattete. Von 1685 bis 1805 wanderten an die 350.000 Kolonisten in Brandenburg-Preußen ein. Sie entwickelten das Manufakturwesen, insbesondere die Spiegelglas-, Tuch-, Seiden- und Tabakmanufaktur, und sie führten 46 neue Berufe und Gewerbe ein.

In gleichen Zeiträumen vollzog sich eine kontinentale Auswanderung von deutschen Siedlern nach Ost-Südosteuropa, vor allem nach Rußland und in die Habsburger Länder. Sie kamen von Rhein und Mosel, aus dem Südwest- und Mitteldeutschen Raum und sollten, mit besonderen Privilegien ausgestattet, Siedlungsgebiete erschließen und Grenzen schützen. In Rußland z.B. entstanden deutsche Siedlungsgebiete in Wolhynien, am Schwarzen Meer, an der Wolga und im Kaukasus. Viele Ostsiedler sind als „Sachsen“ oder „Schwaben“ in diesen Regionen bekannt. Sie waren die Vorfahren der heutigen deutschen Aussiedler aus den Ostgebieten.

Der Hunderttausende zählende deutsche Siedlungsstrom nach Osten ging in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stark zurück und wurde zunehmend von einer Massenauswanderung nach Übersee abgelöst. Hauptzielland waren die USA mit ihren wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten in Landwirtschaft und Industrie. Wesentlich für die Massenauswanderung aus Deutschland war „das Mißverhältnis im Wachstum der Bevölkerung und dem Erwerbsangebot in der Übergangskrise von der agrarischen zur industriellen Zivilisation“. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg wanderten rund 5,5 Millionen Menschen aus Deutschland in die USA aus, wobei die Hauptwellen zwischen 1850 und 1860 sowie zwischen 1880 und 1890 lagen.

Die schnelle industrielle Entwicklung im deutschen Kaiserreich um die Jahrhundertwende ließ die Nachfrage nach Arbeitskräften rasch ansteigen. Während die überseeische Auswanderung zurückging (zwischen 1901 und 1910 nur noch 100.000 Auswanderer), begann eine Wanderung von Arbeitskräften aus den Agrargebieten des deutschen und europäischen Ostens in die Schwerindustriezentren, vorrangig an Rhein und Ruhr. Polen aus den preußischen Provinzen und aus den zentralpolnischen Regionen, Ruthenen und Italiener arbeiteten als „Saisonarbeiter“ auf den ostelbischen Gütern, in Schwerindustrie und Bergbau sowie im Kanal- und Straßenbau. Die Zahl dieser Wanderarbeiter stieg bis 1914 auf ca. 1,2 Millionen an. Um eine ständige Zuwanderung nach Deutschland zu verhindern, wurden besonders in Preußen restriktive Aufenthaltsbestimmungen im Rahmen der Ausländerkontrolle durchgesetzt, die in der Öffentlichkeit oftmals von antipolnischen Fremdenkampagnen begleitet wurden.

Ein spezifisches Migrationsproblem stellte für Deutschland bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges der Massenexodus von Millionen Ost- und Südosteuropäern nach Nordamerika dar. Deutschland wurde für mehr als fünf Millionen Menschen, vornehmlich Russen, Polen, Juden, Litauer, Ungarn und Slowaken, ein Transitland auf dem Wege zu den großen Überseehäfen Hamburg und Bremen. Eine streng organisierte Durchwanderungskontrolle über spezielle Bahnhöfe und Zwischenlager sollte den

Ausbruch von Krankheiten und eine illegale Einwanderung nach Deutschland verhindern. Diese osteuropäische Auswanderungswelle erinnert besonders auch an das Schicksal der jüdischen Bevölkerung aus den osteuropäischen Regionen (Polen, Ukraine, Rußland), die, gepeinigt von Pogromen und anschwellendem Antisemitismus, in der Massenflucht nach Westeuropa und in die USA einen Ausweg aus ihren perspektivlosen Lebensbedingungen erblickten. Ein kleiner Teil dieser jüdischen Emigranten verblieb auch nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland und war besonders in den großen Städten den immer wieder neu entfachten antisemitisch-nationalistischen Diskriminierungen ausgesetzt.

In den Jahren der Weimarer Republik bewegten sich Ein- und Auswanderung auf einem relativ niedrigen Niveau. Die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte wurde besonders durch die anhaltenden wirtschaftlichen Krisenprozesse und die Massenarbeitslosigkeit erheblich begrenzt.

Während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft von 1933 bis 1945 waren Emigration und Zwangswanderungen dominierende Tendenzen. Bis 1938 hatten über 700.000 Deutsche aus politischen oder „rassischen“ Gründen die Flucht ins Ausland angetreten. Nahezu die Hälfte dieser Emigranten gehörte zur jüdischen Bevölkerung. Jedoch gelang es nur dem kleineren Teil der deutschen Juden, der späteren Massenvernichtung auf diesem Wege zu entkommen. Nach der faschistischen Besetzung Westeuropas wurden die USA das Hauptzielland für die Emigration.

Die faschistische Kriegswirtschaft wurde durch ein brutales System der Arbeitsklaverei aufrechterhalten. 7 bis 8 Millionen deportierte „Fremdarbeiter“ aus den besetzten Gebieten, vornehmlich aus Polen und der Sowjetunion, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus vielen europäischen Ländern wurden von 1939 bis 1945 in dieses Zwangsarbeitssystem gepreßt. Nahezu ein Drittel der Arbeitskräfte in der NS-Kriegswirtschaft waren in dieser Phase Ausländer.

Zwangswanderungen ergaben sich für Hunderttausende im Ergebnis der „Germanisierung“ okkupierter Ostgebiete, vor allem durch die Ansiedlung Deutscher in Gebieten, in denen die polnische Bevölkerung vertrieben worden war. Massenumsiedlungen Deutscher erfolgten zwischen 1939 und 1941 - meist nach Umsiedlungsabkommen mit der Sowjetunion aus den baltischen Staaten, Bessarabien, der Nordbukowina sowie aus Wolhynien und Ostgalizien. Davon waren über 500.000 Deutsche betroffen, die im deutschen Hoheitsgebiet, vornehmlich im sogenannten „Reichsgau Wartheland“, neu angesiedelt wurden.

Die Migrationsbewegungen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und dann nach Gründung der beiden deutschen Staaten waren geprägt von den Kriegsfolgen und von politischen und ökonomischen Veränderungen in den internationalen Strukturen, im Westen und Osten Europas wie auch im Süd-Nord-Verhältnis. Wie kein anderes westliches Industrieland war die Bundesrepublik Deutschland in mehreren Phasen mit grenzüberschreitenden Massenbewegungen konfrontiert. Hier sei vornehmlich unter qualitativem Aspekt auf drei Migrationsbewegungen hingewiesen:

1. In den Nachkriegsjahren, besonders von 1945 bis 1950, wurden nahezu 12 Millionen Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und angrenzenden Staaten in mehreren Wellen gewaltsam vertrieben. Rund 8,1 Millionen von ihnen kamen in den Westen, der andere Teil wurde im Osten Deutschlands im Rahmen der Vier-Mächte-Vereinbarungen angesiedelt. Dieser Leidensweg der Flucht und Vertreibung mündete in Eingliederung und Integration von Millionen Menschen, auch wenn nicht übersehen werden darf, daß die Konflikte in der Aufnahmegesellschaft und die mentalen Folgen der Vertreibung länger anhielten, als die Lösung materieller und sozialer Integrationsschritte. Insgesamt handelte es sich um einen riesigen Einwanderungsprozeß innerhalb des gleichen Nationalverbandes.
2. Noch in der Spätphase der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge setzte in der Bundesrepublik ein neuer Migrationsprozeß ein. Der schnelle wirtschaftliche Aufschwung ließ seit Mitte der 50er Jahre den Bedarf an Arbeitskräften schnell ansteigen. So begann die organisierte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte aus südeuropäischen EG- und Mittelmeerländern. Von 1955 bis zur Ölkrise 1973 kamen rund 14 Millionen „Gastarbeiter“ in die Bundesrepublik. Elf Millionen von ihnen kehrten nach unterschiedlich langen Aufenthalten in ihre Heimatländer zurück. Nach dem Anwerbestopp 1973 verblieben jedoch mehr als drei Millionen ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Zusammen mit nachgezogenen Familienangehörigen und ihren in zwei Nachfolgenerationen in Deutschland geborenen Kindern hat sich die ausländische Wohnbevölkerung bis zum Beginn der 90er Jahre auf 5,2 Millionen erhöht. 1,84 Millionen Ausländer sind als Arbeitnehmer oder als Selbständige tätig und tragen in entscheidendem Maße zur Erhöhung des Bruttosozialprodukts bei. Bei einem Anteil von 8,2 Prozent an der westdeutschen Gesamtbevölkerung haben Ausländer 1991 nahezu ein Zehntel des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet.

Und was geschah mit der Integration der ausländischen Bevölkerung? Sie ist bis heute, trotz mancher Teilfortschritte, nicht vollzogen und bleibt ein innenpolitisches Konfliktfeld. Da die offizielle Politik davon ausgeht, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland ist, hat sich eine realitätsfremde und paradoxe Situation herausgebildet: „Heute lebt ein Großteil der aus der früheren ‚Gastarbeiterbevölkerung hervorgegangenen ausländischen Minderheit in der Bundesrepublik seit langem in einer echten Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland.“ Für sie echte und nichtdiskriminierende Einbürgerungsvoraussetzungen zu schaffen, wird immer mehr zu einer vorrangigen Aufgabe der Ausländerpolitik.

3. Will man die Dimensionen der Zuwanderung in die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen voll erfassen, so sind auch zwei andere Ströme zu berücksichtigen: Seit 1949 haben über drei Millionen Menschen der DDR den Rücken gekehrt. Die meisten von ihnen kamen vor dem Mauerbau 1961. Aber auch danach gab es einen begrenzten Zustrom von „legalen“ Übersiedlern aus der DDR, zunehmend in den 80er Jahren als spezifisches Ergebnis der Helsinki-Schlußakte. Der Flüchtlingsstrom schwoll dann 1989 vor dem Zusammenbruch des Realsozialismus in der DDR noch einmal dramatisch an.

Eine beträchtliche Zuwanderung wurde durch die **deutschstämmigen** Aussiedler aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa hervorgerufen. Seit 1950 haben insgesamt 2,6 Millionen Aussiedler in der Bundesrepublik Aufnahme gefunden. Besonders nach den politischen Umbrüchen im Osten Europas und dem Wegfall der Ost-West-Barrieren verstärkte sich die Bereitschaft deutschstämmiger Bevölkerungsgruppen, jetzt zunehmend aus der ehemaligen Sowjetunion, den Weg der Aussiedlung nach Deutschland zu beschreiten. Soziale Perspektivlosigkeit, Furcht vor neuen ethnischen Konflikten und Unzufriedenheit über die permanente Verweigerung von Minderheiten rechten können die Zahl der Aussiedler besonders aus Rußland in den nächsten Jahren weiter anwachsen lassen.

Am Ende der 80er Jahre und ganz besonders in den letzten beiden Jahren ist die Bundesrepublik einem qualitativ neuen Wanderungsdruck ausgesetzt. Neben dem wachsenden Zustrom von Aussiedlern ist die Zahl der Asylbewerber sprunghaft angestiegen. Waren es 1987 ca. 57 000, so reflektieren die folgenden Jahre den Anstieg: 1989 – 121.000; 1990 – 193.000; 1991 – 256.000; 1992 - 450.000. Diese Tendenz ist anhaltend. Auch hinsichtlich der Herkunftsländer der Asylbewerber sind grundlegende Verschiebungen eingetreten. Während in zurückliegenden Jahren Asylbewerber aus Krisenländern der „Dritten Welt“ dominierten, kommt die Mehrheit (über 60 Prozent) nunmehr aus den Ländern Ost- und Südosteuropas: aus Rumänien, aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Bulgarien, aus den GUS-Staaten und der Türkei. Ursächlich für die Zunahme des Asylbewerberstroms sind wachsende wirtschaftliche Not, die größer werdende Zahl von ethnischen Konflikten, Unterdrückungsmaßnahmen und Bürgerkriegssituationen, die Gefahr sozialer Explosionen in der ehemaligen Sowjetunion und die Öffnung der Grenzen innerhalb Osteuropas und zum Westen.

Während Deutschland seit der Nachkriegszeit in der Lage war, weitaus größere Zuwanderungsprobleme zu bewältigen (aber es waren eben Bewegungen von Deutschen!), hat der Asylstrom eine äußerst kontroverse öffentliche Steuerung der Zuwanderung ausgelöst. Angesichts zunehmender sozialer Verwerfungen im Prozeß der deutschen Vereinigung, latenter Fremdenfeindlichkeit und einer wachsenden Finanzarmut der Kommunen, ist das Problem „Asyl“ zu einem Sprengsatz in der deutschen Innenpolitik geworden. Ohne an dieser Stelle den widersprüchlichen Verlauf bisheriger Debatten über die Grundgesetzveränderungen zum Asylrecht näher zu erörtern und bewerten zu können, soll auf einen bleibenden Widerspruch aufmerksam gemacht werden. Obwohl die Bundesrepublik faktisch zu einem Einwanderungsland wurde, gab es bisher kein Zuwanderungsrecht für Ausländer außerhalb der vom Grundgesetz abgeleiteten Asylkriterien. Das Fehlen einer sozialverträglichen und gesteuerten Zuwanderungspolitik drängte letztlich die unterschiedlichen Gruppen von Flüchtlingen und Migranten durch das „Tor“ Asylverfahren. Die politische Klasse der Bundesrepublik hatte sich im zurückliegenden Jahrzehnt nicht dazu durchringen können, eine Zuwanderungspolitik zu entwickeln, die den neuartigen Fluchtursachen und Flüchtlingsbewegungen Rechnung trägt. Wenn auch das wirtschaftliche Migrationsmotiv in den letzten Jahren stark zugenommen hat, so bleibt dennoch unübersehbar, daß weiterhin große Teile der Flüchtlinge aus Verfolgungs- und Notgründen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 den Weg nach Deutschland suchen.

Für viele blieb bisher nur die Möglichkeit, unter den gegebenen Bedingungen das Asylrecht wie ein Einwanderungsrecht zu nutzen. Dies als „Asylmißbrauch“ in der öffentlichen Diskussion zu charakterisieren macht - gewollt oder ungewollt - Flüchtlinge zu „Tätern“ an deutschen Rechtsbestimmungen. Dieser Widerspruch zur Genfer Flüchtlingskonvention wird bestehen bleiben, solange die offizielle Politik außerhalb einer Asylgewährung für politisch Verfolgte nicht Bereitschaft zeigt, Möglichkeiten für

eine gesteuerte Zuwanderung im deutschen und im EG-Rahmen zu erschließen. Der jetzige Trend geht jedoch nicht in diese Richtung. Die Weichen werden gestellt, um über restriktive Rechtsbestimmungen eine drastische Verringerung der Zuwanderung zu erreichen. Eine „Cordon sanitaire“ - Politik, basierend auf rechtlichen Abschottungen gegen Zuwanderung über alle „sicheren“ europäischen Nachbarstaaten und Rücknahmeverpflichtungen von abgewiesenen Zuwanderern seitens der Transitländer, wird eine innenpolitische Entlastung ermöglichen (teilweise sogar auf Kosten der Nachbarn!), die bestehenden Migrationsprobleme jedoch nicht verringern können.

Dieser Rückblick auf die Erfahrungen Deutschlands mit Wanderungsbewegungen, besonders in den letzten 150 Jahren, offenbart schließlich eine interessante Gesamtbilanz: Während über fünf Millionen Deutsche im vorigen Jahrhundert auswanderten, leben heute fünf Millionen Ausländer in Deutschland. In größeren historischen Dimensionen sind demographische Ausgleichstendenzen wirksam geworden.

### **WÄCHST DAS MIGRATIONSPOTENTIAL?**

Zieht man zur Beantwortung dieser Frage Daten über die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation, über Bevölkerungsentwicklungen sowie über die Folgen verschiedener politischer Konfliktarten heran, so muß in den nächsten Jahrzehnten mit einer Verstärkung des Migrationsdrucks, auch in Europa, gerechnet werden.

Unübersehbar wächst das Migrationspotential in den unterentwickelten Regionen des „Südens“. Welche Faktoren werden hier konfliktverschärfend wirken?

- Die Diskrepanz zwischen dem Reichtum der Industriestaaten (vornehmlich der USA, der EG-Länder, Japans und einiger industrieller Schwellenländer) und den Ländern der „Dritten“ und „Vierten“ Welt vergrößert sich. Besonders die Verteilung des Weltbruttosozialprodukts zwischen Nord und Süd verdeutlichte schon 1975 ein Ungleichgewicht von 4:1. Inzwischen hat sich die Kluft drastisch erweitert. Die Verarmung erfährt neue Dimensionen.
- Zugleich hält die Bevölkerungsexplosion in den Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an. Bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts wird sich die Bevölkerung noch einmal verdoppeln (von heute 5,48 Milliarden auf etwa 10 Milliarden).
- Die Möglichkeiten für eine ausreichende Ernährung, insbesondere in Südasien und großen Teilen Afrikas, schrumpfen. Ökologische Katastrophen verstärken zusätzlich Armuts- und Hungertendenzen. Als Folge dessen werden die Binnenwanderungen, vor allem aber die massenhaften Arbeitswanderungen aus den überfüllten Armutsregionen in nahegelegene industrielle Metropolen und teilweise in die „reichen“ Staaten des Nordens zunehmen. Das Migrationspotential des „Südens“ wird auf 500 Millionen Menschen geschätzt.

Während perspektivisch offen bleibt, in welchem Ausmaß die Süd-Nord-Wanderungen die innere Gesamtlage Europas und vor allem des EG-Raumes beeinflussen werden, wird die Ost-West-Migration zur entscheidenden Herausforderung für die EG und die Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Zerfall der sozialistischen Systeme sind Millionen Menschen in dieser Region mit den Auswirkungen einer sich vertiefenden wirtschaftlichen und sozialen Krise konfrontiert. Armut, soziale Perspektivlosigkeit und politische Instabilität verstärken in einigen Ländern das Bestreben größerer Bevölkerungsgruppen, den eigenen Lebensraum zu verlassen und in sozial sicheren Regionen einen Neuanfang zu versuchen. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft und besonders Deutschland wirken unter diesen Bedingungen wie ein Magnet. Viele befürchten, daß sich im Prozeß der Herausbildung funktionierender Marktwirtschaften das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle in überblickbaren Zeiträumen noch vergrößern wird.

Die Öffnung der Grenzen und Hoffnungen auf eine gesamteuropäische Freizügigkeit beginnen, den Migrationsbewegungen aus dem Osten Europas eine besondere Dynamik zu verleihen. Da sich in Ost- und Südosteuropa und in den meisten GUS-Staaten die ökonomischen und sozialen Transformationskonflikte immer stärker mit Nationalitätenkonflikten, Unterdrückung von Minderheiten und Bürgerkriegen verbinden, vergrößern sich die „Push“-Faktoren, die neuen Wanderungsbewegungen Schubkraft verleihen.

Prognosen über zu erwartende Wanderungen von Ost nach West anzustellen, bleibt angesichts der unklaren wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen schwierig, z. T. dienen sie auch der politischen Manipulation der Öffentlichkeit. Jedoch kann nicht mehr ausgeschlossen werden, daß aus Osteuropa und früheren Sowjetrepubliken ein Wanderungspotential in der Größenordnung von 250.000 bis 500.000 Menschen jährlich über einen längeren Zeitraum einkalkuliert werden muß.

Die „Ministerkonferenz über Wanderungsbewegungen von Personen aus Ländern Mittel- und Osteuropas“ 1991 in Wien prognostizierte die langfristige Zuwanderung aus Osteuropa auf 30 Millionen Menschen.

Ein Fazit bezüglich der Migrationssituation am Ende unseres Jahrhunderts wirft immer drängendere Fragen über Lösungs- und Präventivmöglichkeiten auf. Weder Deutschland noch die Europäische Gemeinschaft können einen Ausweg darin sehen, immer mehr Armutsströme in ihren Ländern aufzunehmen. Zugleich wird auch sichtbar, daß mit traditionellen Rechtsinstrumenten die nun eingetretene Dimension von Wanderungsbewegungen nicht mehr gesteuert werden kann. Während mittelfristig die Mehrheit der Industriestaaten im Kurs auf Zuwanderungsbeschränkung einen Ausweg sieht, um die innenpolitischen Folgen des Migrationsdrucks zu verringern, bleibt weiterhin offen, welche Wege die Weltgemeinschaft zur Bekämpfung der eigentlichen Fluchtursachen zu beschreiten in der Lage ist. Notwendig wird eine Umorientierung in der Weltwirtschaftspolitik, die zugleich eine weltweite Neuordnung der entwicklungspolitischen Prioritäten nach sich ziehen müßte. Wird sich in den Industriegesellschaften eine Bereitschaft zum „Teilen“ mit der Welt der Armut entwickeln? Hierin liegt die eigentliche globale Herausforderung in den bevorstehenden Jahrzehnten.

Erschienen in:

**VIA REGIA** – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft I/9 1993,  
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>